

1. Mai im Zeichen des Frauenstreiks

Mittwoch, 01. Mai 2019

Von: VPOD



16'000 kamen zum 1. Mai in Zürich.
(Foto: Schlatter)

Der 1. Mai 2019 stand ganz im Zeichen des Frauenstreiks. Zehntausende waren auf der Strasse, allein in Zürich 16'000.

Dass Frauen auch bei gleicher Qualifikation weniger verdienen, in den typischen Frauenberufen sowieso, dass Frauen die Lasten der Kinderbetreuung und Betagtenbetreuung zum weit grösseren Teil tragen und dafür bei der Karriere und bei der Rente benachteiligt werden - das ist alles bekannt. Und doch muss es wiederholt wiederholt werden. In Zürich tat dies beispielsweise Barbara Gysi, PVB-Präsidentin und SP-Nationalrätin. Sie verlangte eine Politik, die den Lebensrealitäten der Frauen besser gerecht wird, und nannte als Negativbeispiel das zahn- und mutlose Lohngleichheitsgesetz, das die Eidgenössischen Räte verabschiedet haben.

"Das grosse Problem der Frauen lautet heute: Doppel- und Dreifachbelastung. Noch immer weniger Geld. Und vor allem: noch viel weniger Zeit", analysierte VPOD-Zentralsekretärin Natascha Wey in Luzern. Als Mittel dagegen verlangte sie "Veränderungen an drei Fronten: beim Geld. Bei der Zeit. Und bei den Rollenbildern." Mattea Meyer, SP-Nationalrätin und VPOD-Kollegin, die unter anderem in Winterthur sprach, geisselte die von rechts betriebene Individualisierung der Probleme. "Du bist selber schuld, du musst dein Verhalten ändern", heisse es - egal ob es um die Klimakatastrophe, die Gleichstellung oder die soziale Ungleichheit handle. Das sei "perfid und falsch, weil es in Abrede stellt, dass unser Leben bestimmt wird von politischen Entscheiden". Auch für die Frauen gelte die Feststellung: "Gleichstellung ist nicht ein persönlicher Kampf, den jede und jeder von uns in den eigenen vier Wänden ausfechten muss. Es ist unser gemeinsamer, politischer Kampf!"

VPOD-Regionalsekretärin Toya Krummenacher folgerte in Basel aus den vielen Erfolgen der Vergangenheit – vom Verbot der Kinderarbeit über das Frauenstimmrecht bis zur Mutterschaftsversicherung - , dass auch die Forderungen von heute dereinst umgesetzt werden können - wie etwa ein griffiges Gleichstellungsgesetz, ein nationaler Mindestlohn oder die Elternzeit. VPOD-Regionalsekretär Stefan Brülisauer geisselte in Bülach die systematische Ausbeutung von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen ganz allgemein. Warum betreiben

Arbeitgeber Lohndiskriminierung - gegenüber Frauen, aber auch gegenüber Migranten, Grenzgängerinnen, Älteren? Brülisauer beantwortete seine Frage gleich selber: "Weil sie es können." Dagegen helfe ein Zaubermittel, das sich in Jahrzehnten linker Bewegungen nicht geändert habe: Solidarität.